

Die Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt



Forschung:

In Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern (WissenschaftlerInnen, Arbeitskammer, Forschungsfördereinrichtungen, Betrieben, Betriebsräten und Gewerkschaften) Projektideen entwickeln, die sich mit den angeführten Institutionen befassen, den Verlauf begleiten und für den Rückfluss in die Arbeitswelt sorgen.

Instrumente: Lehre, Weiterbildung, Vernetzung

Lehre:

Einbringung von Arbeitsweltthemen in die Lehre

Mögliche Themen:

1. Industrielle Beziehungen (national und im internationalen Vergleich),
2. Europäisches Sozialmodell

Hintergrund:

- Kontakte zu Studierenden aufbauen, über Hausarbeiten, Abschlussarbeiten
- Kontakte zu Betrieben, Betriebsräten und Gewerkschaften herstellen

Weiterbildung:

1. Für Studierende/Interessierte: Tagungen, Ringvorlesungen zu den genannten Bereichen organisieren und durchführen
2. Für betriebliche Akteure (Personal- und Betriebsräte): Unterstützung z.B. bei der Einrichtung Europäischer Betriebsräte

Vernetzung:

Mit anderen Kooperationsstellen, Stiftungen, Gewerkschaften, Parteien usw.

Kontakt

Dr. Luitpold Rampeltshammer und Olga Haubrichs
Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt (KoWA), Universität des Saarlandes
Campus C3 1, Anbau, 66123 Saarbrücken

Telefon 06 81 3 02-48 02

Fax 06 81 3 02-3780

www.uni-saarland.de/kooperationsstelle
kooperationsstelle@univw.uni-saarland.de



Ringvorlesung Wintersemester 2015/16

Saarabstimmungen: 1935 und 1955



upload.wikimedia.org/wikipedia/commons/2/29/Völklinger_Hütte,_Einzelbilder_reworked

Eine Zusammenarbeit zwischen der Kooperationsstelle Wissenschaft und Arbeitswelt, dem Historiker Wilfried Busemann und dem DGB Rheinland-Pfalz/Saarland

Kooperationsstelle
Wissenschaft und Arbeitswelt

Bitte melden Sie sich 3-4 Tage vor der jeweiligen Veranstaltung an.

12. November 2015, 16 Uhr s.t.

**Gefangen zwischen „Ja“ und „Nein“.
Die Einheitsgewerkschaft des Saarlandes im
Abstimmungskampf**

**Vortrag: Dr. Frank Hirsch
Kommentar: Wilfried Busemann**

**Ort: Universität des Saarlandes, Bioinformatik
Gebäude E2 1, Seminarraum E 001, Erdgeschoss**

Die kurz nach Kriegsende gegründete Einheitsgewerkschaft etablierte sich rasch zu einem wichtigen gesellschaftlichen Akteur im Saarland. Sie konnte bis zu etwa einem Drittel der saarländischen Arbeiterschaft organisieren und in Fragen der Tarif- und Sozialpolitik eine Reihe von Erfolgen verbuchen. Die ungelöste Saarfrage barg allerdings gehörigen Sprengstoff. Wie für die gesamte Gesellschaft stand für die Gewerkschafter die Entscheidung, sich entweder nach Frankreich oder nach Deutschland zu orientieren, im Zentrum der politischen Auseinandersetzungen.

Ab 1950 erstarkte in der Einheitsgewerkschaft und besonders im Industrieverband Bergbau eine starke Opposition gegen die enge Bindung des Saarlandes an Frankreich. Der Konflikt führte schließlich zu Verbot der Bergbaugewerkschaft und zu scharfen Gegensätzen. Das brachte die Einheitsgewerkschaft in eine existenzielle Krise. Innerlich zerrissen verlor sie an Rückhalt und Einfluss.

Im Vorfeld der Abstimmung erhielt die prodeutsche Fraktion der Einheitsgewerkschaft um Paul Kutsch und Kurt Conrad erhebliche Unterstützung vom Deutschen Gewerkschaftsbund, die in Geldleistungen sowie personellen und ideellen Hilfen bestanden. Sie trugen zum eindeutigen Abstimmungsergebnis vom 23. Oktober 1955 bei. Es ist Ziel des Vortrages, den innergewerkschaftlichen Konfliktlinien nachzuspüren, den Anteil der Gewerkschaften an der Erosion der Zustimmung zum Saarstaat abzuschätzen sowie die erfolgreiche Neuordnung der Gewerkschaftslandschaft nach dem Beitritt des Saarlandes zur Bundesrepublik darzustellen.

26. November 2015, 16 Uhr s.t.

Bürger als Brandstifter

Vortrag: Wilfried Busemann

**Ort: Universität des Saarlandes, Bioinformatik
Gebäude E2 1, Seminarraum E 001, Erdgeschoss**

Den Ausgangspunkt des Vortrages bildet die bislang noch nicht systematisch aufgearbeitete Frage, warum zehn Jahre nach der „Deutschen Katastrophe“ von 1945 eine überwältigende Mehrheit im Saarland „pro deutsch“ votiert.

Hierzu erfolgt zunächst ein Rückgriff auf Aspekte der politischen (Grenz-)Kultur seit 1871 wie Sozialmilitarismus, Staatsvergottung oder Selbstverständnis der bürgerlichen Eliten im autoritären Staat, insbesondere die Standortbestimmung des konservativen Intellektuellen. In der Zerreißprobe zwischen Anpassung an westliche Werte und Restauration, dieser bedenkenlosen Rehabilitation alter Werte und alter Ordnung versagen katholische wie konservative Intellektuelle, ohne sich des Endes der Bürgerlichkeit bewusst zu sein, auf je verschiedene Weise, so dass der nationale Exzess der fundamentalistischen Deutschtümelei schließlich zur bürgerlichen Bankrott-Erklärung gerät. Denn die „Sieger“ vom 23.10.1955 wandeln sich umgehend zu den tragikomischen Verlierern der „Kleinen Wiedervereinigung“ in den späten 50er, den 60er Jahren.

10. Dezember 2015, 16 Uhr s.t.

**Ganz überwiegend ignoriert: Die Erfahrungen mit
der „kleinen Wiedervereinigung“ nach 1955 bei der
Konzipierung „großen“ 1990**

**Vortrag: Prof. Dr. Jörg Roesler
Kommentar: Reinhard Klimmt**

**Ort: Universität des Saarlandes, Bioinformatik
Gebäude E2 1, Seminarraum E 001, Erdgeschoss**

Am 20. März 1990 bezeichnete der Chef des Bundeskanzleramtes und die rechte Hand Helmut Kohls in Fragen der Wiedervereinigung, Rudolf Seiters, gegenüber den Botschaftern der drei Westmächte die „Eingliederung des Saarlandes“ als „historisches Beispiel“. „Wir denken an das Saarlandmodell“ erklärte am 16. April 1990 auch der neu-gewählte DDR-Ministerpräsident Lothar de Maizère bei der Entwicklung seiner Vorstellungen für die Übernahme des Wirtschafts- und Sozialrechtssystems der Bundesrepublik. Eine Aufzeichnung der Arbeitsgruppe „Kabinettsausschuss Deutsche Einheit“ von Mitte Juni 1990 für Bundesminister Schäuble legte diesem nahe, sich in seinen Verhandlungen mit der DDR-Seite auf das „Modell Beitritt Saarland“ zu stützen.

Anders als nach diesen Ankündigungen zu erwarten, spielten Erfahrungen des Saarlandes beim Beitritt der DDR zur Bundesrepublik nur bei einigen politischen und juristischen Fragen, nicht aber auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet im von der Bundesregierung dominierten Vereinigungsprozess eine Rolle. Bezüglich der die Lebensverhältnisse der Bevölkerung unmittelbar berührenden Seiten des Vereinigungsprozesses Fragen in Bonn aufzuwerfen bzw. auf die Berücksichtigung von Erkenntnissen aus dem Prozess der Eingliederung des Saarlandes zu drängen, blieb in der Bundesrepublik allein der Opposition, deren stärkste Kraft die SPD unter Lafontaine war, überlassen.

Der Beitrag rezipiert den Verlauf der Eingliederung des Saarlands auf wirtschaftlichem und sozialen Gebiet. Er benennt die Gründe für die einseitige Rezeption 1990 und verweist auf deren Folgen. Das Resultat der vollständigen Ignoranz der bei der Eingliederung des Saarlandes in der zweiten Hälfte der 50er Jahre in den Bereichen Wirtschaft und Soziales gemachten Erfahrungen seitens der Bundesregierung waren für Ostdeutschland gewaltige Strukturbrüche im wirtschaftlichen und sozialen Bereich, deren Folgen ungeachtet von Milliardentransfers bis heute nicht vollständig überwunden werden konnten.